

Vorwort zur zweiten Auflage

Wir erleben aktuell, aufgrund der Logik unserer systemischen Strukturen, eine immer weitere Zuspitzung unseres Systems, der kapitalistischen, der von der Geldmacht dominierten Demokratie. Diese Pseudodemokratie erzwingt eine immer weitere Ausbeutung von Menschen, Natur und Ressourcen, einen immer weiteren Abbau der Bestimmung des Ganzen vom Menschen und den offiziell geltenden Grundwerten. Wir stehen vor der Alternative: Eine immer größere Beherrschung durch eine kleine Machtelite - oder ein neues Gesellschaftssystem mit wesentlich mehr Gleichberechtigung?

Aber wie genau soll eine nicht-kapitalistische Demokratie aussehen und wie soll sie funktionieren? Wie kann eine weitere Fehlentwicklung hin zu neuen Macht- und Herrschaftsstrukturen verhindert werden, wie wir sie in Deutschland beispielsweise mit unserem "Parteienstaat", eigentlich muss man schon sagen, mit unserer "Parteiendiktatur" erleben?

Johannes Heinrichs hat mit „Revolution der Demokratie“ ein Politik- und Gesellschaftssystem entwickelt, das durch seine logisch-strukturierte konstruktive Systematik und vor allem durch seine Praktikabilität überzeugt und einzigartig ist.

Herzstück ist seine Reflexions-Systemtheorie der Viergliederung, die Umwandlung der Demokratie in ein wert-gestuftes Vierkammerparlament. Dabei konzipiert er vier unabhängige Teilparlamente, (1) ein Wirtschaftsparlament, (2) ein Politikparlament, (3) ein Kulturparlament und (4) ein Grundwerteparlament, die unabhängig voneinander gewählt werden, eigenständige Verantwortungen haben und deren Gesetze nach einer Vorrangregelung verbindlich sind. Damit ist der Weg frei für fachspezifische Sach- und Themenparteien, was den Abgeordneten eigenständiges Denken ermöglicht und Fachkompetenz abverlangt. Dadurch wird das Grundübel der jetzigen breiten Fachfremdheit bis Inkompetenz auf parlamentarischer und ministerialer Ebene beendet, das aus dem Anspruch der Parteien resultiert, sämtliche politischen und gesellschaftlichen Themen abdecken zu wollen, gepaart mit ihrem absoluten Machtwillen, in denen zusätzlich noch das "Peter-Prinzip" regiert.

Weiter stellt Heinrichs die Ministerien unter die direkte Kontrolle der zuständigen Parlamente, was zu einer permanenten und sachlichen Kommunikationsstruktur zwischen Legislative (Parlament) und Regierungsexekutive (Ministerien) führt. Die aus den jeweiligen Teilparlamenten hervorgehenden Ministerien, stehen unter der Leitung eines jeweils eigenen Regierungschefs. Die Staatsführung ist dadurch kollegial statt „monarchisch“, was sowohl für die Stabilität des Gemeinwesens wie für wechselseitige Kontrolle und Integrität vorteilhaft ist. Damit hat er erstmalig die strukturellen Voraussetzungen

benannt, die eine erneute Fehlentwicklung hin zu neuen Macht- und Herrschaftssystemen von vornherein unterbinden.

Demokratie bedeutet nicht nur Stimmzählen, sondern gleichermaßen die notwendige, vertrauensbasierte Abgabe von Verantwortung und Macht an gewählte Repräsentanten. Das bedeutet strukturell, dass es auch ein „von Oben“ geben muss. Die aktuelle und ideologische Modevorstellung von Basisdemokratie, also ein "nur von Unten", scheitert in der Praxis an der Tatsache, dass selbst in kleinen und überschaubaren Größeneinheiten die Beteiligten aus vielerlei Gründen nicht in der Lage sind, alle dazu notwendigen Eigenverantwortungen auch übernehmen zu können oder zu wollen, weswegen sich auch in allen basisdemokratischen Projekten auf eine ganz natürliche Weise hierarchische Strukturen mit z.B. Wortführern und Organisatoren herausbilden. Ein Umstand, der von den Befürwortern einer Basisdemokratie gerne verschwiegen wird.

Dieser Notwendigkeit auch eines „von Oben“ durch repräsentative Strukturen Rechnung tragend, hat Heinrichs mit seinem Modell die strukturellen Rahmenbedingungen dafür geschaffen, dass eine differenzierte und konstruktive Synthese von direkter und repräsentativer, also parlamentarischer Demokratie gestaltet werden kann. Er versteht Macht nicht als per se negativ, sondern als eine positiv gestaltungsfähige Kraft. Macht wird durch das Recht positiv kanalisiert. Es kommt also auf intelligenteren Rechtsstrukturen an.

Heinrichs' Reflexions-Systemtheorie des Sozialen beruht auf der methodischen Selbstentfaltung des inneren Reflexionslebens der Menschen in praktisches gesellschaftliches Handeln hinein. Die „epochal“ genannte Entdeckung ist primär die der Reflexionsebenen zwischen den Individuen. Die anschließende methodische Rekonstruktion gelebter Reflexionszusammenhänge geht weit über bisherige Sichtweisen hinaus, indem sie die Institutionen selbst als Produkte der zwischenmenschlichen Reflexion erfasst. Die mit dem Reflexionsprinzip entdeckte Verbindung von Handlungs- und Systemtheorie stellt den Menschen in den Mittelpunkt, ohne dabei einem idealisierten Menschenbild zu folgen, wie der Mensch zu sein habe. Wie der Mensch tatsächlich ist und was daraus institutionell folgen muss, das ist das Thema.

Heinrichs hat erkannt, dass friedlich revolutionäre Weiterentwicklungen nur über eine Neugestaltung der institutionellen Strukturen, über neue Rechts- und Verfassungsstrukturen, nachhaltig etabliert werden können. Durch seine wertgestufte Strukturierung des Systems werden entscheidende Neuerungen reell ermöglicht, und zwar von der Bewusstseins- und der Rechtsebene her. Nicht zuletzt die sachgemäße Unterordnung der Systemebene Wirtschaft mit dem Geldwesen, die so viele heute wieder einmal (wie schon im 19. Jahrhundert) für sich allein oder primär revolutionieren wollen.

Sein Konzept eliminiert nicht nur unsere strukturbedingte Armut, sondern lässt gleichermaßen unser patriarchales System hinter sich, in dem durch die Aufwertung und Eigenständigkeit des Subsystems Kultur, eine wirkliche Emanzipation der Frau erst möglich wird. Es ist in alle Größen-

einheiten übertragbar und überzeugt durch die friedliche Einführung über das Recht.

Heinrichs hat mit diesem Politik- und Gesellschaftssystem einen konstruktiv revolutionären Geniestreich entwickelt, der auf Dauer weder durch längeres Totschweigen noch durch hundert halbe „Reformen“, die letztendlich nur systemerhaltend sind, aufgehalten werden kann!

Für mich, der ebenfalls verstanden hat, dass nur eine Systemänderung mit neuen Strukturen unsere brennenden, wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und sozialetischen Probleme lösen kann, hat sich die Genialität, die Konstruktivität und vor allem die Praktikabilität des Politikkonzeptes der Wertedemokratie von Johannes Heinrichs sofort erschlossen. Erkenntnis verpflichtet - und aus diesem Grund werde ich mich mit meiner politischen Arbeit für die Einführung und Umsetzung der Viergliederung einsetzen!

Martin Besecke, Juli 2014,
Projektleiter Geist & Politik – www.geistundpolitik.de

Vorwort zur ersten Auflage

Deutschland ist demokratischer als in anderen Zeiten, zumal seit 1990 auch die Länder der gescheiterten DDR durch das Grundgesetz verfasst sind. Deutschland ist aber keine Demokratie! Verwirklicht ist das Wahlprinzip, aber auch nur so, dass die plurale Parteienoligarchie nicht gefährdet werden kann. Das bezweckt das Verhältniswahlssystem mit der Sperrklausel von fünf Prozent, welches jetzt der ganzen Europäischen Union verordnet wird.

Freie Wahlen müssen die Chance bieten, Abgeordnete in das Parlament zu entsenden, die der großen Aufgabe gewachsen sind, das Volk in der Gesetzgebung zu vertreten. Dem stehen Partei- und Fraktionsbindung entgegen. Die Wähler kennen die Kandidaten kaum oder gar nicht. Auch die Desinformation der Öffentlichkeit in allen wichtigen Politiken, zumal über die europäische und globale Integration, ist mit demokratischen Wahlen unvereinbar.

Im Parteienstaat kann das Parlament seine Aufgabe nicht erfüllen. Der Parteienstaat ist durch Führung und Geschlossenheit gekennzeichnet, nicht durch Erkenntnis des Wahren und Richtigen. Der Parteienstaat ist die Verfallserscheinung der Republik. Der oligarchische Charakter des Parteienstaates hat sich durch den Internationalismus verschärft. Verbindlich sind die Absprachen der Staatsführer.

Die Irreführung über das Prinzip der Demokratie beginnt mit der Übersetzung des Wortes als „Volksherrschaft“. Demokratie ist Freiheit der Menschen, nicht die Herrschaft der Obrigkeit über Untertanen. Die allgemeine Freiheit führt mit Logik zum kategorischen Imperativ, zum Gebot der Sittlichkeit als das der persönlichen Vernunft, welche von allen Bürgern und erst recht von deren Vertretern Moralität – das ist der Wille zur Rechtlichkeit des gemeinsamen Lebens – verlangt, den guten Willen nach Kants Metaphysik. Politik kann und darf darum nur „ausübende Rechtslehre“ sein, nicht Kampf um die Macht, Kampf um die Mehrheit. Demokratie als Herrschaft der Mehrheit auf Zeit ist die Lebenslüge der Parteienstaaten.

Johannes Heinrichs legt mit diesem Buch eine „Realutopie“ vor: „Revolution der Demokratie“. Seine Demokratielehre ist ebenso grundlegend wie umstürzend und notwendig. Grundlegend ist sie, weil sie auf einer elementaren Anthropologie aufbaut, nämlich der sozialen Reflexionstheorie, welche den Menschen als Menschen unter Menschen anerkennt. Umstürzend ist sie, weil sie dem Parteienstaat die Ideologie streitig macht. Sie ist notwendig, weil die Freiheit der Menschheit die Vision der Aufklärung und das Ziel aller Politik ist.

Das Werk Heinrichs' lehrt die Revolution im eigentlichen Sinne, nämlich als Befreiung zum Recht, also zur Menschheit der Menschen. Dass der

Parteienstaat nicht die Antwort auf die große Frage der Aufklärung, ja der Menschheit, nach dem guten Leben aller sein kann, bewegt Johannes Heinrichs. Sein Entwurf differenziert anspruchsvoll, gibt aber der Demokratie die erste wirkliche Chance. Heinrichs konzipiert vier Parlamente mit eigenständigen Aufgaben, eigenständiger Verantwortung und eigenständiger Besetzung, nämlich ein Grundwerteparlament, ein Kulturparlament, ein Politikparlament und ein Wirtschaftsparlament. Die Gesetze dieser Parlamente sind alle verbindlich. Das erfordert Kompetenzgrenzen oder Vorrangregelungen. Legitimation verschaffen die Entscheidungen des Grundwerteparlaments. Diese Entscheidungen können nicht diskursiv ermittelt werden, sondern müssen, den Zeitläufen gemäß, von Abgeordneten getroffen werden, die in das Vertrauen des Volkes eingebettet sind. Die Entscheidungen der anderen Parlamente müssen sich in die Grundentscheidungen einfügen.

Neben der Vierheit des Legitimations-, des Kultur-, des Politik- und des Wirtschaftssystems konzipiert Heinrichs eine weitere architektonische Dimension, nämlich die Dreiheit von Staat, Privatem und Öffentlichem, die heute schon praktiziert wird, aber noch nicht von einer sachgerechten Rechtsordnung gestützt ist. Sie ist, wie die Vierheit des Parlamentarismus, ein Strukturelement der Gewaltenteilung, erstmalig systemisch begründet.

Weiterhin will Heinrichs die direkte gegenüber der repräsentativen Demokratie stärken. Den Klassenstaat, den Parteienstaat und den Konfessionsstaat will er überwinden. Die Vierheit der Systemebenen und die Dreiheit der Organisationsformen gewährleisten die Verwirklichung des Solidaritäts- und des Rechts(staats)prinzips, welche dem Ideal von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit entsprechen.

Johannes Heinrichs ist der beste Kenner der gegenwärtigen Sozialphilosophie. Er weiß sich für unsere Republik verantwortlich und unterbreitet einen wohlbegründeten Entwurf für ein menschliches Leben in allen Staaten dieser Welt.

Heinrichs kritisiert die Grundlagen oder eben den Mangel an Grundlagen der Wirklichkeit und der Lehren, die sich Demokratie oder demokratisch nennen. Seine Vorschläge haben den Menschen im Auge, nicht nur wie dieser ist und sein soll, sondern auch, wie er sein kann, wenn die Lebensordnung den Menschen die Möglichkeit gibt, zu sich selbst zu finden und ihrer Menschheit gemäß zu leben.

Heinrichs' Werk ist ein großer Beitrag zur politischen Philosophie und ein großer Beitrag zur Demokratielehre. Ich werde helfen, seiner Revolution zum Siege zu verhelfen.

Erlangen – Nürnberg, im Oktober 2003

Karl Albrecht Schachtschneider

Em. Ordentlicher Professor für öffentliches Recht

Kapitel 1: Einführung

Demokratie – Vom Schlagwort zum Reizwort

„Seit etwa fünfundzwanzig Jahren vermag es die Politik nicht mehr, unsere Einbildungskraft zu beflügeln. Sie ist nicht länger Schauplatz für das Drama von Moral und Historie. Sie wirkt nur mehr langweilig, kleinkariert und provinziell.“

(Jedediah Purdy, *Das Elend der Ironie*, dt. Hamburg 2002)

Das Jahrhundert der Demokratie – hinter uns oder vor uns?

„Demokratie“ ist eines der größten Schlagwörter des 20. Jahrhunderts. Wahrscheinlich wird es rückblickend als das größte und zentrale gesehen werden. Ähnlich wie für das 19. Jahrhundert, der weltgeschichtlich unerhörten, ersten Phase der industriellen Revolution, der „Fortschritt“ das Schlagwort war. Die industrielle Revolution ist, inklusive aller sozialen und ökologischen Fragwürdigkeiten, eine beherrschende Realität geworden. Kann man ebenso von einer ihr nachfolgenden „demokratischen Revolution“ sprechen? Sicher, Demokratie stand seit der Französischen Revolution auf der politischen Tagesordnung des Westens. Der Startschuss dieser Revolution fiel jedoch noch nicht ausdrücklich im Namen der Demokratie, sondern im Namen von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit und im Namen eines Rechtsstaates mit Gewaltenteilung. In den Revolutionswirren kamen bereits demokratische Elemente zum Zuge, darunter die totalitäre Variante der Jakobiner um Robespierre (1758-1794), die viel von Rousseau (1712-78) übernahmen. Als 1793 die erste republikanische Verfassung beschlossen wurde, definierte Robespierre seine Vorstellung von Demokratie:

„Die Demokratie ist ein Staat, in dem das souveräne Volk, von Gesetzen geleitet, die sein Werk sind, tut, was es tun kann, und durch Delegierte tun lässt, was es selbst nicht verrichten kann.“¹

Das klingt modern, sogar was das Verhältnis von direkter und repräsentativer Demokratie angeht. Einschließlich der fatalen Unklarheit, welche Gesetze das souveräne Volk leiten sollen, wie diese erstmals zustande kommen und wie sich Gesetzgebung zur ausführenden und richterlichen Gewalt ver-

¹ *Demokratie* von Heinz Eduard Tödt, in: *Theol. Realenzyklopädie*, Bd. 8, Berlin 1981, 437. Hier viele Literaturangaben für demokratiegeschichtlich Interessierte. Meist geht solche historische Information in einer Art von Nachkriegs- und Umerziehungspropaganda für „die westliche Demokratie“ unter, auch in den Schulbüchern.

halten sollten, also zu der von Montesquieu vorher (1748) formulierten Teilung der „Gewalten“. Robespierres' Demokratie scheiterte an dem Mangel durchdachter Gesetzesgrundlagen.

Das gesamte 19. Jahrhundert hatte mit diesen Unklarheiten zu kämpfen, sowohl in Europa wie, auf pragmatischere Weise, in den sich damals erst allmählich herausbildenden Vereinigten Staaten von Amerika. Selbst die misslungene bürgerliche Revolution von 1848 in Europa war keine eigentlich demokratische. Zwar erhofften sich die „Social-Demokraten“ oder Kommunisten eine solche, aber es wurde eine bürgerlich-antifeudale Revolution, die zunächst um eine wirklich rechtsstaatliche konstitutionelle Monarchie rang. Der Wunsch nach Demokratie bewegte die Menschen noch unklar, ohne dass sie sich in der Lage fühlten, ihn vom konstitutionellen Rechtsstaat deutlich zu unterscheiden

Bis zum Ersten Weltkrieg herrschten in Europa protodemokratische, konstitutionelle Monarchien. Frankreich wandte sich nach dem deutsch-französischen Krieg von 1870 höchst mühsam von der Monarchie ab. Die damals entstehende „dritte Republik“ erhielt keine förmliche Verfassung. Die Souveränität lag bei den beiden parlamentarischen Kammern, von denen nur eine halbwegs demokratisch gewählt war. Der Unterschied zur konstitutionellen Monarchie und ihrem Ständestaat im deutschen Kaiserreich war nicht groß.

Mit dem europäischen Bruderkrieg gewannen die USA die Übermacht und begannen, sich auch propagandistisch als das Mutter- und Musterland der Demokratie hervorzutun. Die Faszination, die von der amerikanischen Demokratie ausging, war enorm. Das mächtigste Land der Erde konnte fraglos seine Demokratie als Exportartikel preisen. Seit Ende des Kalten Krieges wird allerdings die Mustergültigkeit dieser Form der Demokratie, auch von nicht sonderlich linken Autoren, immer intensiver in Frage gestellt.²

Demokratie im heute landläufigen Sinne wurde erst im 20. Jahrhundert zum weltweiten Thema. Nun erst wurde eigentlich um Demokratie gekämpft, durchaus nicht ausschließlich, nicht einmal in erster Linie verbal und mit geistigen Waffen. Als besonders schwieriger Fall erwies sich jetzt Deutschland. Das besiegte Kaiserreich war inzwischen von außen für die Demokratie reif und weich geklopft, besonders in den Schichten, die den Kopf hinhalten mussten. 1918 gelang die sozialdemokratische, nämlich proletarische Revolution wieder nicht, da sie tragischerweise von den obrigkeitlich vereinnahmten Sozialdemokraten selbst niedergeschlagen wurde.³ Mit fatalen Folgen für die von Anfang an kränkelnde Weimarer Republik und für das berüchtigte Reich, das danach kam.

Endlich, nach diesem unsäglichen zwölfjährigen Nazi-Reich, kam „die“ Demokratie von den westlichen Befreiern. Sie kam so intensiv und ohrenbetäubend, dass man inzwischen das Wort „Demokratie“ in Deutschland

² Heftig, aber gut fundiert, bei Karlheinz Deschner, *Der Moloch. Eine kritische Geschichte der USA*, Stuttgart – Wien 1992, München² 1995.

³ Sebastian Haffner, *Der Verrat. Deutschland 1918/1919*, 3. Aufl. Berlin 1995.

West, wie noch mehr in Deutschland Ost, außerhalb der obligatorischen Feierstunden eigentlich nicht mehr hören mag. Es sei denn, man gehört zur politischen Klasse und ihren wissenschaftlichen wie publizistischen Hofberichterstatern, zu deren Bestandserhaltung die Beschwörung der Demokratie in ihrer realexistierenden Form selbstverständlich wesentlich gehört.

Das 20. Jahrhundert hat, über die Umerziehung der Achsenmächte durch die siegreichen Demokratien hinaus, einen glänzenden äußeren Siegeszug der Demokratie in der Welt gesehen, zuletzt mit dem Zusammenbruch der meisten „Volksrepubliken“ unter sowjetischer Vorherrschaft. Das Gros der Regierungssysteme schmückt sich heute gern mit dem Etikett „demokratisch“, obwohl diese in der Realität von Demokratie noch bedeutend weiter entfernt sind als das demokratische Mutterland USA, das trotz bombastischer Lagerwahlkämpfe anno 2000 nicht einmal seinen damaligen Präsidenten Bush jun. mit hinreichender Legitimität auszustatten vermochte (mancher Leser wird sich an die gemäß gerichtlichem Entscheid nicht gezählten Stimmen in Florida erinnern) und das den eigentlich charismatischen Obama durch sein Parteien- und Wahlsystem in fast all seinen wichtigen Vorhaben blockiert. Nein, die heutigen Vereinigten Staaten von Amerika sind alles andere als eine Musterdemokratie!

Wie viele Menschen außerhalb der politischen Klasse und ihrer Zuarbeiter vertreten heute die Meinung, wir hätten eine befriedigend funktionierende Demokratie, die ihren Namen und ihrer Idee gerecht würde? Inoffiziellen Umfragen zufolge sind das immer weniger Menschen, während offiziöse Einrichtungen (wie z.B. das Wissenschaftszentrum Berlin) alle paar Jahre das Gegenteil wissenschaftlich belegen wollen! Normale Bürger, nicht nur so genannte sozial schwache, sondern die ganz normalen, deren eigentliche Wahl häufig die zwischen Nachwählgelassenen und Nichtmehrwählgelassenen ist, befällt beim Klang des Wortes „Demokratie“ eine Mischung von Langeweile, hilfloser Wut und resignativer Trauer. (Das fehlende Interesse großer Verlage an der Neuauflage dieses Buches wurde mit Desinteresse der Leserschaft an dem Thema begründet!)

Man lässt sich von „Brot und Spielen“ sowie relativem privatem Wohlergehen ablenken. Ohnmachtsgefühl, Resignation, Wut und Trauer werden verdrängt. Doch wissen wir seit Freud, wie das mit Verdrängtem in der Psychologie des Einzelnen ist: Das Verdrängte kehrt umso mächtiger und an ganz unerwarteten Stellen zurück, in Form von Ticks und Krankheitssymptomen. Eine Sozialpsychologie der verdrängten Gemeinschafts- und Demokratieerwartungen wurde meines Wissens noch nicht entwickelt. Ist das vielleicht symptomatisch? Befriedigende Demokratie blieb im 20. Jahrhundert eine ungelöste Aufgabe. Deshalb sprach ich im Eingangssatz nicht von der großen Errungenschaft, sondern vom Schlagwort dieses Jahrhunderts. Warum sich mit etwas derart Abgestandenem und Unglaubwürdigem wie Demokratie beschäftigen, in der Hoffnung, einen Leserkreis dafür zu interessieren und diesen womöglich zum Handeln zu bewegen? Zu welchem sinnvollen Handeln eigentlich?

Um im Politikerjargon zu reden und mit rascher Antwort über diesen schmerzlichen Punkt, das Thema interessiere nicht⁴, hinweghuschen zu können: Weil es zu Demokratie keine Alternative geben dürfte. Das ist diesmal sehr ernst zu nehmen und nicht die übliche, bloß rhetorische Verteidigung einer einmal eingenommenen fixen Position wie meist, wo es „keine Alternative“ zu irgendeiner Fixierung gibt. Diesmal stimmt es: Wir können nicht zurück. Die wunderbare *Idee einer Selbstregierung des Volkes* existiert und fordert ihre Verwirklichung ein.

Wohl könnten wir uns in leere Sozialromantik flüchten und jede „Regierung“ – von „Herrschaft“ zu schweigen – als überflüssig erklären, angesichts einer „Selbstorganisation“ oder „Autopoiesis“ der vergesellschafteten Menschen: Ihr Zusammensein organisiert sich – so meinen Sozialromantiker – angeblich von allein, wachsend aus der puren, mehr oder weniger verstandesfreien Spontanität der Beteiligten gänzlich von unten her – anarchisch, das bedeutet ohne Regierung und ohne Repräsentanten der Gemeinschaft. Dergleichen Verhältnisse hat es in größeren Gemeinschaften wohl nie in der Geschichte gegeben. Aus dem Tierreich ist das auch nicht bekannt, gleich ob es sich um Rudel oder „Staaten“ handelt: Überall finden wir Rang, Hierarchie, Ordnung als Evolutionsprodukt der Selbstorganisation.

Die Freiheitsfähigkeit des Menschen erfordert Ordnungsstrukturen. Eine selbst in Freiheit erdachte und mit der Freiheit des Einzelnen nicht allein kompatible, sondern gemeinsame Freiheit erst ermöglichende Ordnung: eine *Sozialgestalt der Freiheit*. Sobald eine Gemeinschaft von Menschenwesen eine Schwelle von Größe erlangt hat, tritt sie als eine eigene Entität, als ein eigenes Wesen, ja „Lebewesen“, den einzelnen Mitgliedern der Gemeinschaft gegenüber. Das ist unvermeidlich und macht die Würde und Ranghöhe eines Gemeinwesens aus. Diese Entität ist eine andere Qualität als die Summe der Einzelnen, auch ein anderes als ein im Individuum liegendes Instinktprogramm, wie wir es im Bienenstaat finden. Deshalb muss dieses Mehr nach modernem Freiheitsverständnis „herrschaftsfrei“ an den Einzelnen rückgekoppelt sein. Das heißt, er muss sich selbst in diesem Mehr der Gesamtheit wieder erkennen und es selbst gestalten können.

Der Ausdruck „Herrschaft“ gehörte ursprünglich einer patriarchalischen Epoche der Menschheit an, in der es Herren als „Herr“schende gab und auf der anderen Seite Beherrschte. Im Wort *Demokratie* stecken die griechischen Worte *demos* (Volk) und *kratein*, was mit *herrschen* übersetzt werden kann, aber nicht unbedingt muss. *Kratein* kann mit *Macht ausüben*, aber auch einfach *regieren* ins Deutsche übertragen werden. Es macht wenig Sinn, um alt-eingeführte Worte als solche zu streiten. Wer Worte von Begriffen zu unterscheiden vermag und um die Brüchigkeit ihrer Verbindung weiß, streitet nicht gern um Worte.

⁴ Thilo Bode, ehemaliger Greenpeace-Chef, hat dem Thema erstaunlich großes Interesse abgewonnen und ein hochinteressantes Demokratie-Buch vorgelegt, auf das ich gelegentlich zurückkommen werde: *Die Demokratie verrät ihre Kinder*, Frankfurt/M. 2003.

Wir können demnach →Demokratie⁵ statt mit „Volksherrschaft“ weniger patriarchalisch mit „Selbstregierung“ des Volkes (der Bevölkerung) übersetzen und an dem weltweit eingeführten, großen Wort ruhig festhalten, um uns der Sache selbst zuzuwenden.

Die Idee der „Selbstbeherrschung“, oder besser Selbstregierung, des Volkes enthält die der Selbstorganisation, wohl durchdacht und wohl durchgeführt. Aber eben nicht im anarchischen Sinn von Regierungslosigkeit oder gar Prinzipienlosigkeit (griechisch *arche* meint Anfang, Ursache, Ursprung, Prinzip). Die verbreitete Ansicht, das Wort „Demokratie“ selbst beinhalte einen Widerspruch in sich, weil Subjekt und Objekt des Herrschens oder vielmehr Regierens zusammenfallen, ist seltsam oberflächlich. Die dynamische Identität von Regierten und Regierenden und darin die *Selbstbezüglichkeit der Gemeinschaft* machen gerade die Pointe von Demokratie oder Selbstregierung aus, vergleichbar der „Selbstbeherrschung“ eines Einzelnen. Das Wesen der →Demokratie liegt geradezu in der gestalteten Selbstbezüglichkeit der Gemeinschaft, der dynamischen Identität von Regierten und Regierenden.

Gemessen an diesem Maßstab versagen gegenwärtig nicht allein die real existierenden Demokratien, sondern auch die meisten Demokratietheorien kläglich. Ist deshalb der Maßstab falsch, zu idealistisch und illusorisch? Oder sind es die existierenden Demokratien, die, an ihrem wahren Begriff gemessen, als falsch, schlecht-realistisch und „scheinbar“ bezeichnet werden müssen? In manchen Bereichen sind wir bereit, den Maßstab zu ändern, aber das zu Messende nicht. Wir verhalten uns wie ein Sportler, der lieber eine langsamere Stoppuhr zur Messung seiner Leistung benutzt – und nennen ausgerechnet dieses Sich-etwas-Vormachen gerne „Realismus“.

Es gibt keine Alternative zur Demokratie, heißt es mit Recht. Aber es gibt grundsätzliche Alternativen innerhalb des demokratischen Spektrums. Nicht viele Alternativen zwar, denn an die Oberflächenunterschiede in den Organigrammen der Regierungssysteme, wie man sie in den Schulbüchern nachlesen kann, ist hier nicht gedacht. Vielmehr geht es um tiefgreifende Alternativen im Verständnis von Gemeinwesen.

Hier setzt dieses Buch an. Der Titel könnte auch lauten: „Demokratie geht anders“ oder „Eine andere Demokratie ist möglich“, eine qualitativ weiter entwickelte. Sollte vielleicht das 21. Jahrhundert erst das Demokratie im vollen Sinne werden?

⁵ Der Pfeil will (wie in vielen meiner Bücher) auf Begriffserklärungen aufmerksam machen, die mehr oder weniger Definitionen darstellen. Diese können im Laufe des Gedankengangs präzisiert und ergänzt werden. Die genaue Begriffsarbeit wird in diesem Buch eine große Rolle spielen, auch wenn nicht zugleich ein erkenntnistheoretischer Traktat geliefert werden kann. Vgl. dazu jetzt *Integrale Philosophie* (Titel ohne Autoren- und sonstige Angaben stammen vom Verf.). Nach meiner Auffassung haben Geistes- und Sozialwissenschaftler nur aufgrund begrifflicher Genauigkeit Anspruch, überhaupt wie insbesondere von naturwissenschaftlich Gebildeten ernst genommen zu werden. Was sich diesbezüglich in vielbändigen Werken abspielt, grenzt teilweise an Scharlatanerie. Der Zustand der Gesellschaft hängt unmittelbar vom Zustand der Wissenschaften ab.

Demokratie als gelingende Selbstregierung eines Volkes ist eine große, gültige Vorstellung, doch wir haben sie bei Weitem noch nicht verwirklicht. Vielleicht ist es diese Doppelthese, die dem von demokratischem oder pseudodemokratischem Feiertagsgerede angeödeten Leser Interesse abgewinnen könnte? Sie fällt aus dem Rahmen der einlullenden, oberflächlich beruhigenden Reden von einer bereits funktionierenden Demokratie. Unsere Demokratie funktioniert *noch* nicht wirklich und *nachhaltig*. Sie hat den *Zeittest* noch keineswegs bestanden. Sie funktioniert auf eine Weise, bei der auch in Deutschland schon zu viele Wähler längst mit den Füßen über sie abgestimmt haben, indem sie nicht mehr zur Wahl gehen. Weghören, wegsehen, schließlich weggehen sind die Reaktionen, mit denen die Bürger auf die Demokratiefrage reagieren. Die unbestreitbaren Verfallserscheinungen (Politikverdrossenheit) sind Folge einer mangelnden Weiterentwicklung. Alles Lebendige, das sich nicht mehr weiter, höher entwickelt, geht dem Tod entgegen.

Demokratie braucht die emotionale Bindung, das Glück eines sich selbst aus Freiheit, in Freiheit und zur gemeinsamen Freiheit organisierenden Volkes. Sollte es so bleiben, dass Demokratie enger mit Bürokratie assoziiert wird als mit dem Glück einer sich selbst aus Freiheit, in Freiheit und zur Freiheit organisierenden Bevölkerung, dann wäre die Sache der Demokratie zumindest in Deutschland zum wiederholten Male gefährlich ausgehöhlt. Auch dann, wenn wir äußerlich-bürokratisch als sogenannte Demokratie verwaltet würden. Es ist eine Illusion und beruht auf Resignation, auf Dauer das Glück der Gemeinschaft allein im Familien- und Freundeskreis, allenfalls noch in einer Heimatgemeinde und -landschaft finden zu können, während das große, das nationale, durch eine gemeinsame Sprache verbundene Gemeinwesen Sache der Bürokratie und eines ebenso kalten → *Verfassungspatriotismus* sein soll, d.h. der bloßen Wachsamkeit für das Funktionieren der Rechtsgemeinschaft und ihrer Institutionen. Derart unempfindlich daher rasonierende Intellektuelle merken nicht, dass sie mit dieser kühlen Pseudoweisheit nicht nur den berechtigten emotionalen Kräften, sondern letztlich der angeblich verteidigten Demokratie selbst das Wasser abgraben. Demokratie hat entweder etwas mit dem Glück der Vergemeinschaftung, auch als staatliche Rechtsgemeinschaft, zu tun – oder ihre Sache ist vertan.

Hoffen wir, dass die schlimme, im Vergleich zur einstigen äußeren deutschen Mauer wenig besprochene Mauer aus Resignation und Langeweile, die das Wort Demokratie umgibt, noch nicht ganz undurchdringlich ist. Dass das schwere gedankliche Gerät, sie zu schleifen, zumindest für die Köpfe der unvoreingenommenen Leser ausreicht. Um die Chancen zu erhöhen, sei eine gedankensportliche Übung vorgeschaltet. Mag sein, für manche provokativ. Ganz ohne Provokation kann es nicht abgehen.

Kleiner Hindernislauf durch beliebte Vorurteile

1. *Demokratie ist eine ziemlich schlechte Staatsform, aber es gibt keine bessere.*

Dieses Diktum wird Winston Churchill zugeschrieben. Es hat in Tausenden von Politiker- und Stammtischreden dazu hergehalten, Kritik an den offensichtlichen Unzulänglichkeiten unserer real existierenden Demokratien auf „realistische“ Weise zu entschärfen, etwa in Helmut Schmidts Gespräch mit Maischberger.⁶ Dieses Argument erweist der politischen Klasse etwa den gleichen Dienst wie in der katholischen Kirche das Argument der menschlichen Schwächen, die den unbezweifelbar göttlichen Charakter und Auftrag dieser Kirche nicht antasten können. Sie würden ihn, so heißt es, eher noch bestätigen: Wäre nämlich die Kirche nicht göttlichen Ursprungs, hätten ihre Vertreter und Mitglieder sie längst selbst zugrunde gerichtet.

Ähnlich scheint die real existierende Demokratie ein Wunderwerk der menschlichen Zivilisation zu sein, das nur an den Unvollkommenheiten alles Irdischen leide, zu dem es aber im Prinzip „keine Alternative“ gäbe. Dieses Argument dient als typische Ideologie der Rechtfertigung und Immunisierung gegen alle Fundamentalkorrekturen. Solche könnten demnach nur von Rechtsaußen oder von Linksaußen kommen. Dass aus der europäischen Mitte der philosophisch-aufklärerischen Bewegung, die einst die Demokratie hervorbrachte, eine Fundamentalkritik entstände, scheint fast⁷ undenkbar.

Demokratie ist, der Idee nach, eine wunderbare Staatsform. Sie bleibt jedoch bisher eine wenig durchdachte Utopie. Bezüglich ihrer Verwirklichung verharret sie noch im Embryonalzustand. Es war eine Fahrlässigkeit Churchills und wurde mehr und mehr zum Irrtum seiner Nachredner bis heute, das, was sich um den Zweiten Weltkrieg herum als Demokratie feierte, für eine voll geborene, ausgewachsene Demokratie auszugeben. Im Vergleich zur Nazi-Diktatur waren die damals bestehenden Demokratien zwar pures Gold. Aber an ihren eigenen Maßstäben, an der Idee der Demokratie gemessen, doch etwas Anfängliches. Würde man heute noch mit Autos aus jener Zeit herumfahren, selbst wenn sie funkelneuen, originalgetreu nachgebaut würden? Einige Oldtimer-Liebhaber leisten sich dies, doch eher als Zweit- oder Drittwagen. Für das wirkliche Leben ziehen sie heutige Automobiltechnik vor.

⁶ *Hand aufs Herz*, Helmut Schmidt im Gespräch mit Sandra Maischberger, Düsseldorf 2001.

⁷ „Fast undenkbar“: weil scharfsichtige Zeitgenossen von akademischem Ansehen wie Hans Herbert von Arnim und Erwin Scheuch allerhand Substantielles gegen „das System“ und die Parteiendemokratie zu publizieren vermochten und beachtlichen Anklang fanden. Sie repräsentieren nur die Spitze eines Eisbergs an demokratisch motivierter Fundamentalkritik. – In Bezug auf konstruktives Weiterdenken ragt der noch öfter zu nennende Burkhard Wehner einsam hervor, auch wenn sein überflüssiger Neologismus für die Demokratie der Zukunft, nämlich „Neokratie“, nicht meine Unterstützung findet. Vgl. *www.neokratie.de*.

Wertet man die Anfänge einer Entwicklung ab, indem man sie deutlich als Anfänge kennzeichnet? Das kann nur die stören, die an den Anfängen denkfaul als Nonplusultra festhalten wollen – ein widernatürliches Verfahren. In unseren sozialen Institutionen leisten wir uns Unzeitgemäßheiten, Gedankenlosigkeiten und Ungenauigkeiten, die im technischen Bereich undenkbar wären.

Wenn wir mit Abraham Lincoln (1809-1865) → *Demokratie* so verstehen, dass Menschen unter Gesetzen leben, die sie selbst bestimmen, als *Herrschaft des Volkes für das Volk und durch das Volk*, ist das ein realistischer und wunderbar formulierter Maßstab. Wer wagt aber zu behaupten, dass die anfänglichen Demokratien damals an diesem ihrem eigenen Anspruch gemessen bestehen konnten? Erst recht heute. Gibt es nicht einen eingebauten Rückschritt, wenn die anfängliche Verwirklichung eines Ideals stagniert? Stillstand heißt Rückschritt. Das wird irrtümlich und missbräuchlich als Gesetz der Wirtschaft angeführt: quantitatives Wirtschaftswachstum oder aber Rezession und Verfall. In Wahrheit scheint es jedoch ein generelles, qualitatives Naturgesetz und nicht zuletzt ein Gesetz der geistigen, kulturellen Evolution der Menschheit zu sein.

Insofern ist es kein Widerspruch, die Euphorie aus demokratischen Gründerzeiten (in Deutschland die Zeit der Wiedereinführung der Demokratie nach dem Zusammenbruch) zu verstehen und möglicherweise noch selbst geteilt zu haben, dennoch aber an der Stagnation, ja Rezession in Sachen Demokratie zu leiden.

„Und allem Anfang wohnt ein Zauber inne“ (*Stufen*, Hermann Hesse). Nur darf daraus im Verlauf kein falscher Zauber werden. Unterdessen leiden allzu viele unter dem falschen Zauber der angeblich „reif gewordenen“, in Wahrheit aber unreif gebliebenen Demokratien. Auch eine unreife Frucht kann alt und faul werden. Uns soll es hier nicht primär um Verfallserscheinungen, um Altwerden und Umsichgreifen von Missständen der schon etablierten Demokratien gehen. Noch weniger allerdings um die einzelnen Entwicklungsschritte der jungen Demokratien der Dritten Welt sowie des ehemaligen Ostblocks. Es geht – gemessen an ihrem Anspruch, Gestalten der kollektiven Freiheit zu sein – um die Unreife unserer vorbildlichen Demokratien

Ein Haupthindernis für die Weiterentwicklung aber ist eine Mentalität, die aus heutiger unbefragter Wiederholung des Churchill-Wortes spricht: Eine Mischung aus „konservativer“ Resignation, Saturiertheit und Machtarroganz, die das Leiden an den bestehenden Verhältnissen durch die kleinen Freiheiten des Zynismus versüßt. Für unmöglich wird eine grundlegende Verbesserung der „Misanthropenmaschine“ namens Demokratie erklärt, solange wir es mit Menschen zu tun haben und keine Großmutationen erleben. Welch ein fragwürdiger Humanismus, der sich auf ein derart skeptisches, deprimierendes Menschenbild stützt!

2. *Dass die Menschen doch im Großen und Ganzen mit der Demokratie zufrieden sind, bestätigt die politische Wissenschaft.*

Zufrieden mit unserer gegenwärtigen Demokratie erklären sich: die meisten Berufspolitiker, die Mehrheit unserer Politologen, Soziologen und viele Mitläufer des Bestehenden. Die Sozialwissenschaftler befinden sich in der Situation von Priestern der „heiligen“ Ordnung. Sie könnten in der Tat nur dann Grundsatzkritik üben, wenn sie selbst bessere und konstruktive Ideen entwickeln würden, woran es aber fehlt; und wenn sie nicht in ihrer gesellschaftlichen Stellung sowie als Drittmittelbezieher weithin abhängig wären von der „politischen Klasse“. Auch bei formaler Selbstverwaltung der Universitäten und sonstiger akademischer Institutionen bleibt eine wirklich unabhängige Wissenschaft Illusion!

In den sechziger und siebziger Jahren konnte man sich Fundamentalkritik noch leisten. Die „kritische Theorie der Gesellschaft“ ging etwas weiter als die in die Regierungsverantwortung kommende Sozialdemokratie. Es war aufgeklärt und schick, unsere Demokratie als verstaubt zu attackieren. Die konstruktiven Entwürfe gingen, sozialdemokratisch-pragmatisch, in Richtung „mehr Demokratie wagen“ (Willy Brandt), also in Richtung zu mehr Partizipation im gesellschaftlichen Alltag. Auf dieser Ebene wurde in der Tat manches erreicht, z.B. das Betriebsverfassungsgesetz, das Mitbestimmungsgesetz oder die Einführung von Bürgerbeteiligung im Städtebauförderungsgesetz.⁸

Umfassende konstruktive Entwürfe für Demokratie im Ganzen schienen allerdings durch die Logik einer „negativen Dialektik“ überflüssig zu werden. Auch wenn diese Denkfigur von den Nachfolgern der „kritischen Theorie“ niemals ausdrücklich als Irrtum widerrufen wurde, spürt heute die Mehrheit der Zeitgenossen, dass Grundsatzkritik nur auf dem Hintergrund konstruktiver Entwürfe legitim ist. An solchen mangelt es, mit einer einzigen nennenswerten Ausnahme: der Forderung nach direkter Demokratie. Angesichts von deren Fragwürdigkeit sieht sich die Allgemeinheit der Gelehrten zur Verteidigung des Bestehenden genötigt.

Jürgen Habermas, der Erbe der Kritischen Theoretiker, versucht konstruktiv zu sein und macht sich die von Amerika herkommende Rede von der „deliberativen Demokratie“ zu Eigen.⁹ Nun lässt sich in der Tat Demokratie durch den Gedanken der Beratschlagung kennzeichnen. Wir werden darauf ausführlich zurückkommen. Allein was ist mit ihm *strukturell* ge-

⁸ Als mitwirkender Zeitgenosse berichtet zusammenfassend Fritz Vilmar, *Strategien der Demokratisierung: Bilanz nach einem Vierteljahrhundert* (userpage.fu-berlin.de/vilmar.dembil.html).

⁹ J. Habermas: *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates*, Frankfurt a.M. 1992; Ders., *Drei normative Modelle der Demokratie: Zum Begriff deliberativer Demokratie*. In: Herfried Münkler (Hrsg.): *Die Chancen der Freiheit. Grundprobleme der Demokratie*. München und Zürich 1992. Joseph M. Bessette, *Deliberative Democracy. The Majority Principle in Republican Government*, 1980; ders., *The Mild Voice of Reason*, 1994.

wonnen? Hätte Habermas diesbezüglich eine Idee, sähe die Republik anders aus – bei dem Ansehen und dem Einfluss, das die „Weltmacht Habermas“ (DIE ZEIT zu seinem 80. Geburtstag) genießt. Zu der Fehlanzeige bezüglich Strukturen der Deliberation oder Kommunikation kommt hinzu, dass Habermas den Gedanken der Deliberation durch seinen doppelzüngigen Begriff von Diskurs verdirbt: Heißt → *Diskurs* rationale Argumentation? Dann ist er zu eng rationalistisch. Bedeutet er, wie das englische *discourse* bzw. der französische *discours*, Redezusammenhang überhaupt, dann klingt das schön modisch, ist jedoch untauglich für die Strukturierung der demokratischen Deliberation.

Ich habe nicht viel von Peter Sloterdijks *Kritik der zynischen Vernunft* (1982) in Erinnerung behalten und will dieses sprachlich brillante, jedoch selbst zynische Werk nicht kommentieren. Aber könnte nicht dies eine Definition von → *zynischer Vernunft* sein: kritische Einsicht zu haben, die keinen Ausweg zeigt, doch diese Ausweglosigkeit als Tugend und Aufgeklärtheit kultiviert? Während die „kritische Theorie“ der Gesellschaft diese noch verändern wollte, betrachtet der zynisch Vernünftige sein Nichtändernkönnen mit intellektueller Selbstgefälligkeit. Dies dürfte die am meisten verbreitete Haltung unter Sozialwissenschaftlern sein. Zurück zum „naiven“ Bürger. Dessen unverblünte Meinung über die herrschende Demokratie ist so verheerend, dass die Legitimität der herrschenden „politischen Klasse“ und ihres Systems grundsätzlich in Frage gestellt ist. Die wissenschaftlichen Priester des Bestehenden wollen uns eifrig glauben machen, wir könnten oder müssten mit den bestehenden demokratischen Verhältnissen im Prinzip sehr zufrieden sein. Fast immer wird hinzugefügt: Nur das Engagement des Einzelnen könne etwas ändern. Man solle halt hineingehen in die Parteien, oder neuerdings wenigstens in Bürgerbewegungen. Anders könne sich nichts ändern. Wenn Nicht-Experten auf diese Weise gegen ihre eigene, heimliche Resignation anreden, kann man das verstehen – zumal auch Wahrheit darin enthalten ist. Doch von Experten dürfte man erwarten, dass sie die grundsätzliche strukturelle Problematik unserer gegenwärtigen Parteiendemokratie erkennen, zugeben und, vor allem, dass sie gangbare Alternativvorschläge machen.

Durchsucht man die ungeheure Menge an Demokratieliteratur auf strukturelle Alternativvorschläge, schmilzt dieses Bergmassiv von Schrifttum wie Schnee unter der Sonne dahin. Übrig bleiben fast nur Vorschläge in Richtung „direkte Demokratie“, wie sie im Folgenden einschlussweise diskutiert werden.

3. *Wir können ja doch nicht viel ändern, am wenigsten unsere Verfassung.*

Im Vorwort zu den 3. Bellevue-Gesprächen 1998 in Gütersloh zum Thema *Wege zur Erneuerung der Demokratie* sieht sich der damalige Bundespräsident Roman Herzog zu folgender Klarstellung bemüht:

„Weder eine Generalanklage der Demokratie noch die Forderung nach einer Totalrevision des Systems führen uns weiter. Wenn wir schon mit den ‚normalen‘ Reformen in Verzug geraten, so ist es erst recht völlig absurd, eine Totalrevision

der Verfassung anzustreben. Schon vor einiger Zeit habe ich in der sogenannten ‚Berliner Rede‘ angeführt, dass es die mentale und intellektuelle Verfassung hier in Deutschland ist, an der es meines Erachtens in den letzten Jahren hakte, an der es gegenwärtig hakt und wahrscheinlich auch noch in nächster Zeit haken wird. Wer aber glaubt, dass sich politische und mentale Probleme verfassungsrechtlich lösen lassen, befindet sich auf dem Holzweg“. (Schluss des Vorworts)

Roman Herzog outet sich mit diesem Machtwort, mit dem er eine intellektuelle Diskussion mit obrigkeitlicher Autorität abschneiden möchte, als Vertreter einer politischen Klasse und eines zur Bewahrung der Verhältnisse neigenden Berufsstandes. Von Sensibilität für das, was im „Volk“ gedacht wird, zeugt ein solches Diktum ebenso wenig wie von freier, kritischer Intellektualität, die in den Bellevue-Gesprächen doch zum Zuge kommen soll. Richtig ist sicher, dass es an der „mentalen und intellektuellen Verfassung“ hakt. Dass ein Verfassungsjurist jedoch keine direkte Verbindung Bewusstseinsverfassung zur Staatsverfassung erkennt, ist verwunderlich. Die Einsichten, um die es in diesem Buch geht, führen dagegen direktissime und gebietend zum dem im Anhang vorgelegten Entwurf einer Grundgesetzänderung!¹⁰

Auch nach der unblutigen Revolution von 1989, die eine Abschüttelung der Diktatur auf der einen Seite, aber keine gemeinsame Verbesserung unserer Demokratie brachte, sind wir durch den Schlussparagrafen unseres Grundgesetzes weiterhin ausdrücklich dazu aufgefordert, uns erst noch eine Verfassung zu geben:

„Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist“ (Artikel 146 GG).

Mag sein, dass manche Verfassungsrechtler und Repräsentanten der politischen Klasse das anlässlich der Wiedervereinigung nur leicht veränderte Stehenbleiben dieses Artikels insgeheim als eine Panne bewerten. Wir können darin aber auch eine „List der Vernunft“ (Hegel) und ein wesentliches juristisches Stück Hoffnung auf Verfassungsentwicklung und Bürgerbeteiligung erblicken.

Die Resignation des „Wir können ja doch nicht viel ändern“ bedeutet oft mehr als nur eine konservative Risikoscheu und Skepsis, nämlich eine verdeckte und vorbewusste Form des →*Opportunismus*, einer gewohnheitsmäßigen Hintansetzung höherer Werte hinter vordergründige Vorteile. Diese abgemilderte Form des Opportunismus ist das *Mitläufertum*: Man versteckt sich hinter der Allgemeinheit und gibt dem müden Mitmachen – oft entgegen besserer Ahnung des Gewissens – den Anstrich der Weltkenntnis, der Auf- und Abgeklärtheit.

¹⁰ Unter deutschen Journalisten gilt angeblich schon lange die ungeschriebene Regel: Keine Kritik am Papst und am Bundespräsidenten. Wie weit reichen inzwischen die Tabus?

4. *Mag sie noch so unvollkommen sein, so gibt es doch keine Alternative zu dieser in kleinen Schritten „lernenden Demokratie“. Was soll die ewige Kritik?*

Ich höre den Einwand: Ist es nicht leichtsinnig und destruktiv, die unvermeidlichen oder noch nicht ausgebügelten Unvollkommenheiten unseres demokratischen Systems durch solche Abwertungen zusätzlich zu fixieren und den latenten Unmut dadurch zu verstärken? Entwickelt sich unsere Demokratie nicht ohnehin – wie die ganze Gesellschaft – lernend weiter, und kontinuierlich besser als mit Brüchen?

Gerade in solchen Schutzbehauptungen wie die der angeblichen Alternativlosigkeit und immanenten Entwicklungsfreudigkeit unserer westlichen Demokratie(n) liegen aber die Irrtümer und Hindernisse für eine gründliche Demokratiereform.

Kritik allein ist ohnehin inzwischen langweilig geworden und „geschenkt“. Bücher, die sich hauptsächlich darin ergehen, kann man vergessen. *Durchgreifende Kritik ist allein aufgrund tief greifender konstruktiver Vorschläge zu verantworten.* Kaum jemand verlässt eine noch so kompromittierte Situation, solange nicht klar ist, wohin er/sie gehen kann. Wohin können wir mit unserer Demokratie gehen, ohne auch noch das viele Positive der bisherigen Halb- und Scheindemokratie zu verlieren, womöglich für einen neuen „starken Mann“? Das ist unser Thema.

Auf das scheinbar gewichtigste Gegenargument: „Was wäre denn die Alternative, z.B. zu den Parteien?“ wird im Folgenden eine doppelte, aber un-zweideutige Antwort gegeben – nicht nur „mehr direkte Demokratie“, sondern auch eine tiefer „gegliederte Demokratie“. Besonders durch letztere wird sich der Charakter von Parteien grundlegend verändern.

Bei „Halbdemokratie“ mögen Verteidiger des Bestehenden das berühmte, halb gefüllte Glas Wasser bemühen: Die einen sehen es halb voll, die anderen halb leer. So einfach wäre es, gäbe es keine Alternativen, um dem Anspruch der Bürger auf Teilhabe und adäquate Repräsentation durch die „Volksvertreter“ gerechter zu werden. Grundlegende strukturelle Alternativen werden vom „System“ (einschließlich der Publizistik) aber gerne tabuisiert und damit gar nicht erst diskutiert.

„Halbdemokratie“ ist noch geschmeichelt, wie wir sehen werden. „Vierteldemokratie“ wäre zutreffender. Diskussions- und praktisch wirksame, also strukturelle Reflexionsfähigkeit gehören zum Wesen der Demokratie. Was würde man zu einer Uhr sagen, die hübsch aussieht und sogar tickt, aber die Zeit nicht korrekt anzeigt? Man würde sie allenfalls als Erinnerungs- und Dekorationsstück behalten, als Zeitmesser aber nicht mehr ernst nehmen. Wird nicht auch „Demokratie“ allmählich zu einem Dekorationsstück, allerdings ohne das Eingeständnis, dass sie nicht mehr „richtig tickt“? Ohne jene institutionelle Fähigkeit zur kollektiven Selbstreflexion führen die kleinen Erfahrungsschritte hauptsächlich zur Verkrustung: zur Alterung des Unreifen.

5. *Jeder muss bei sich selbst anfangen.*

Das ist die pure Pseudodemokratietheorie von ganz unten. Es scheint doch logisch: Wenn Demokratie die Beteiligung aller bedeutet, dann kommt es auf den Einzelnen an und jeder muss bei sich selbst anfangen. Diese Ethik ist für jede Lebenslage und jeden Wirtschaftszweig brauchbar, was sich in unzähligen Ethik-Seminaren in klingende Münze umsetzen lässt. Demokratie wird damit zu einem ganz individuellen Problem und zu einer Sache des persönlichen moralischen Anstands.

Der Ethik-Boom ist längst zur Ideologie¹¹ der Ablenkung von strukturellen Mängeln geworden. Moralbeflissenheit ist – wie in den Biedermeier-Zeiten der Restauration – eines der vorzüglichsten Mittel, strukturelle und öffentliche Mängel unangetastet zu lassen.

Der Kunstgriff besteht darin, diese Mängel moralisierend dem Einzelnen anzulasten. Da dieser grundsätzlich mit der Herstellung einer „guten Gesellschaft“ überfordert ist, wird er ein schlechtes Gewissen, also Schuldgefühle entwickeln. Schuldgefühle waren zu jedem Zeitalter das wirksamste Mittel von geistlichen und weltlichen Obrigkeiten, ihre Untertanen gefügig zu halten. Ganz besonders der Demokratiedanke wie das sogenannte „Liebesgebot“ eignen sich hervorragend zur permanenten Überforderung des Einzelnen und zur Ablenkung von Strukturproblemen: Wer immer es an Nettigkeit und Anpasstheit in Familien und Arbeitsgruppen fehlen lässt, soll bloß kein öffentliches Defizit einklagen. Er soll „bei sich selbst anfangen“ und – den Mund halten. Demokratie, Rechtsstaat und das soziale Gemeinschaftsleben sind „an sich in Ordnung“. Missbrauch durch Einzelne, bis hinauf zu den Spitzen, sei nicht zu verhindern. Das liege im Wesen der menschlichen Freiheit.

So könnte die Menschheit noch in Hunderten von Jahren jeweils einzeln bei der persönlichen Liebenswürdigkeit, Ehrlichkeit, Hilfsbereitschaft und so weiter anfangen. Die Versuchbarkeit der persönlichen Freiheit wird angeführt, um die Frage nach durchdachteren Strukturen gemeinsamer Freiheit zu unterbinden. Die Frommen treibt sogar die Furcht vor dem „Paradies auf Erden“ um, das es doch keineswegs geben könne und dürfe. Der nachdemokratische Big Brother wird es sich, sollte er zum Zuge kommen, nicht entgehen lassen, ethisches Wohlverhalten der Einzelnen einzuklagen – als Vorleistung jeglicher Kritik wie konstruktiver Vorschläge.

Der Wahrheitskern in dieser gängigen Verwechslung von eigentlicher →*Sozialethik*,¹² also der Reflexion über die ethische Einrichtung der öffent-

¹¹ Unter →*Ideologie* verstehe ich nicht allein praktisch relevante Theorie (der relativistische Wortgebrauch), sondern mit Marx und Sartre „falsches Bewusstsein“. Falsch ist das ideologische Bewusstsein in praktischer Hinsicht: Es will verschleiern, zur Rechtfertigung und/oder Ablenkung von der vorbewusst durchaus besser erkannten Wahrheit.

¹² Der eigentliche Begriff von *Sozialethik* wird oft verfehlt mit dem Hinweis darauf, dass nur Einzelne ethisch handeln können. Die obige Kurzdefinition ist indessen keine neue, sondern findet sich in wünschenswerter Klarheit z.B. im *Ev. Soziallexikon*, Stuttgart-Berlin⁷ 1980, Sp.1165: „Sozialethik ist im Unterschied zur Individualethik (...) Sozialstrukturethik (A. Rich). Das Thema der S. ist die rechte Gestaltung von Strukturen, Institutionen,

lichen Institutionen, mit individuellem Sozialverhalten liegt darin, dass für eine Veränderung der Sozialstrukturen Denken im allgemeinen Sinn und seine handelnde Umsetzung unbedingt erforderlich sind.

Denken und handeln kann in der Tat nur der Einzelne, bevor die praktischen Ergebnisse des Denkens institutionell-allgemein etabliert sind. Ohne die verbindende Sachlichkeit eines Denkens für die Allgemeinheit und ohne das mitdenkende Engagement Vieler kann keine systemische Änderung zustande kommen. *Im Denken überhaupt, insbesondere aber im Denken für alle, überschreitet der Einzelne seine bloße Subjektivität und transzendiert sich ins Allgemeine.*

Die „Ethik des Denkens“ in Bezug auf allgemeine Strukturen ist eine notwendige Bedingung für eine Systemänderung – was man von bloß persönlichem ethischem Wohlverhalten und Gutsein nicht im gleichen Sinne sagen kann. Die besondere Ethik des sozialetischen Denkens für alle setzt die Einsicht in die ungeheure Macht und Tragweite der öffentlichen Einrichtungen (Institutionen) für das menschliche Leben voraus.

Freundlichkeit zwischen den Menschen wird eine der vielen Früchte guter demokratischer Verhältnisse sein, ebenso wie Gerechtigkeit im individuellen Handeln. Sie kann aber nicht gerechte institutionelle Strukturen ersetzen. Der Appell an Freundlichkeit wie auch an sonstige Tugenden kann das Überdenken der Institutionen und ihrer Strukturen sogar verhindern. Außer der Appell an die „denkende Selbstüberschreitung“ in allgemein akzeptable und fruchtbare Strukturen gemeinsamer Freiheit, die das gemeinsame Wohlergehen und dadurch auch ein Klima unmittelbarer, zwischenmenschlicher Freundlichkeit begründet.

Ist das „naiv optimistisch“? Dieses fast optimistische Menschenbild wird noch begründet werden. Es ist allemal weniger naiv als ein misanthropischer Pessimismus, der den elementaren Zusammenhang von allgemeinen Strukturen und individueller Menschlichkeit nicht sehen oder nicht hoch genug veranschlagen will – und damit dem weniger naiven Zynismus zuarbeitet.

Einen Gegensatz zwischen dem Ansatz beim Individuum und dem Ansatz bei den überindividuellen sozialen Strukturen zu schaffen ist unnötig, ja destruktiv, ebenso wenig wie einen Gegensatz zwischen Individual- und Sozialethik. Die Verbindung liegt, vom Individuum her gesehen, im individuellen Bedenken des Überindividuellen (Denken für alle). Vom Strukturellen her gesehen liegt die Verbindung in der tiefgreifenden Beeinflussung des Persönlichsten vom Überindividuell-Allgemeinen, was Karl Marx so schön provozierend und einseitig ausdrückt:

„Aber das menschliche Wesen ist kein dem einzelnen Individuum innewohnendes Abstraktum. In seiner Wirklichkeit ist es das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse.“¹³

Ordnungen, nicht nur das richtige Verhalten des einzelnen gegenüber und in diesen Strukturen und Organisationen“ (Martin Honecker, Artikel *Sozialethik*).

¹³ Karl Marx, Sechste der *Thesen über Feuerbach*.